

Fragen

für die Fragestunde der 93. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. März 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	48, 54	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	34, 35
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 55	Lange, Ulrich (CDU/CSU)	29, 30
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	18, 19	Müller, Florian (CDU/CSU)	25, 26
Brandner, Stephan (AfD)	2, 3	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 17
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	50, 51	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	5, 45
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	40, 41	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	47, 56
Donth, Michael (CDU/CSU)	23, 24	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	20, 21
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	58, 59	Renner, Martina (DIE LINKE.)	43, 44
Geißler, Jonas, Dr. (CDU/CSU)	27, 28	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	37, 38
Görke, Christian (DIE LINKE.)	15, 57	Schattner, Bernd (AfD)	8, 16
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	36	Schmidt, Eugen (AfD)	39, 52
Gürpınar, Ates (DIE LINKE.)	13, 14	Schreiner, Felix (CDU/CSU)	31, 32
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	9, 10	Simon, Björn (CDU/CSU)	22
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	46, 53	Sorge, Tino (CDU/CSU)	6
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	33, 49	Stöcker, Diana (CDU/CSU)	7
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	4	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	11, 12

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	10
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Welche konkreten Maßnahmen zur Aufarbeitung und etwaigen Richtigstellung von in der Vergangenheit getätigten Äußerungen des Bundesministers für Gesundheit mit Bezug zu einer „nebenwirkungsfreien“ Corona-Impfung wurden vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte der Entschädigung bei Impfnebenwirkungen bisher eingeleitet (www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-hilfe-impfschaeden-long-covid-lauterbach-100.html, zuletzt abgerufen am 15. März 2023)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Auf welche Anzahl beläuft sich nach Kenntnis des Bundesgesundheitsministers die Summe aller im Bereich der von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffenen Sektoren Tätigen, die im Nachgang des Erlasses der Impfpflicht den Sektor verlassen haben, und welchen Einfluss hatte dies auf den Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie viele COVID-19-Impfstoffdosen, die von Deutschland erworben wurden, wurden nach Kenntnis des Bundesgesundheitsministers bis zum 28. Februar 2023 jeweils vernichtet oder ans Ausland verschenkt (bitte getrennt aufschlüsseln)?
4. Abgeordneter
**Dr. Michael
Kaufmann**
(AfD)

Welche Schritte wird der Bundesminister für Gesundheit unternehmen, um die Impfstoffhersteller in die Schadensregulierung für Impfnebenwirkungen und Impfschäden mit einzubeziehen, weil diese aufgrund von Verträgen mit der EU aus der Haftung enthoben wurden, aber gemäß dem Zitat von Dr. Karl Lauterbach „exorbitante Gewinne eingestrichen haben“ und er selbst sogar davon sprach, dass „eine Beteiligung in Form eines ‚Unterstützungsfonds‘ wünschenswert wäre“ (Interview im ZDF-heute-Journal am 12. März 2023)?

5. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Inwieweit sollen auch sogenannte Post-Vac-Patienten von den vom Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages noch zu beantragenden 100 Mio. Euro zur Erforschung und zur Behandlung des sog. Long-COVID-Syndroms „profitieren“, wie es der Bundesgesundheitsminister in einem ZDF-Interview am 26. Januar 2023 (siehe www.zdf.de/nachrichten/zdfheute-live/corona-long-covid-impfung-video-100.html, ab Minute 26:37) angekündigt hat, und inwiefern plant die Bundesregierung eine Mittelaufteilung dieser 100 Millionen Euro zur Erforschung und Behandlung des Long-COVID-Syndroms einerseits und des Post-Vac-Syndroms andererseits, sollten diese Mittel vom Haushaltsausschuss in voller Höhe freigegeben werden?
6. Abgeordneter
Tino Sorge
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Umstand, dass im Kabinettentwurf des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes, das laut Kabinettzeitplanung am 29. März 2023 beschlossen werden soll, weder ein gesonderter Steuerzuschuss oder eine Strukturreform noch eine nachhaltige Dynamisierung des Pflegegeldes enthalten sind, obwohl dies im Koalitionsvertrag der zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP noch fest vereinbart war und der Bundesgesundheitsminister sich hierzu kürzlich mit „Die Pflegebedürftigen haben unsere volle Solidarität verdient“ und „Gleichzeitig gilt es, die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung zu stabilisieren“ (www.zdf.de/nachrichten/politik/pflege-reform-lauterbach-plaene-100.html, 25. Februar 2023) zitieren ließ?
7. Abgeordnete
Diana Stöcker
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigte psychotherapeutische Bedarfsplanung reformieren (S. 67), angesichts der massiv fehlenden Psychotherapieplätze und langen Wartezeiten, um erstens die Differenz von 1.600 Plätzen zu schaffen – ausgehend davon, dass der Gemeinsame Bundesausschuss 2.400 Therapieplätze ermittelt hat, aber bislang lediglich 800 neue Plätze geschaffen wurden –, und zweitens eine aktuelle Bedarfsplanung neu in Auftrag zu geben (www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/therapie-pandemie-101.html)?

8. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wie möchte die Bundesregierung dem Pflegenotstand in häuslicher und stationärer Pflege entgegenwirken (www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-mitte/expertinnen-berichten-im-bremer-haus-im-viertel-vom-pflegenotstand-doc7p9sy98qxpgoafh-y39r)?
9. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die aus meiner Sicht bestehende Gefahr, dass Schwangere aufgrund der Kassenfinanzierung einen zunehmenden gesellschaftlichen Druck empfinden, nichtinvasive Pränataltests (NIPT) durchführen zu lassen, und NIPT in praktischer Konsequenz zu einer Art Reihenuntersuchung werden?
10. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Inwieweit erkennt die Bundesregierung im Lichte des „Triage-Beschlusses“ des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 1541/20), der den Gesetzgeber aufgefordert hat, unverzüglich tätig zu werden, weil im Falle einer pandemiebedingten Zuteilungsentscheidung intensivmedizinischer Ressourcen Menschen mit Behinderung einem besonderen Risiko der Benachteiligung nach Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes ausgesetzt sind, einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Anwendung vorgeburtlicher Bluttests zur Erkennung des Down-Syndroms?
11. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wenn der Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach, wie angekündigt, beabsichtigt, den Anteil der Patientinnen und Patienten, für die eine elektronische Patientinnen- und Patientenakte angelegt werden soll, binnen zwei Jahren von derzeit 1 Prozent auf 80 Prozent zu erhöhen, mit welchen Argumenten wird er die Menschen, die wegen der Sicherheit ihrer persönlichen Daten in der elektronischen Patientenakte besorgt sind, davon überzeugen, dass ihre Daten sicher sind, insbesondere dann, wenn der Datenschutz für die elektronische Patientinnen- und Patientenakte künftig offenbar wohl nicht mehr im Einvernehmen mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit gestaltet werden soll?

12. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wenn ab 2025 die Gesundheitsdaten der Patientinnen und Patienten aus Deutschland in einen europäischen Datenpool integriert werden sollen und damit auch die Kontrolle über unsere Gesundheitsdaten weitgehend an die EU und den gerade entstehenden europäischen Gesundheitsdatenraum abgegeben wird, wie beteiligt sich die Bundesregierung konkret an der Ausgestaltung dieses europäischen Gesundheitsdatenraums, insbesondere auch, um die Patientinnen- und Patientendaten vor Missbrauch zu schützen, also zum Beispiel vor der Nutzung unserer Daten durch kommerzielle Zweitverwertung (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/139071/Gesundheitsdaten-Brueiter-Zugriff-fuer-Pharmaindustrie-geplant)?
13. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(DIE LINKE.)
- Ist es von der Bundesregierung politisch gewollt, dass private Krankenhauskonzerne Profite mit der Versorgung von Patienten erwirtschaften, die aus Beitragsgeldern der Krankenversicherung finanziert werden, und inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, mit der geplanten Krankenhausreform diese Möglichkeiten einzuschränken?
14. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(DIE LINKE.)
- Gab es seitens der Agentur Scholz & Friends Family GmbH eine schriftliche Rückmeldung an das Bundesministerium für Gesundheit zur Auftragsvergabe der Kampagne „Ich schütze mich“ an die Agentur Brinkertlück GmbH (bitte Absender, Empfänger und Zeitpunkt angeben), und ab welchem finanziellen Umfang hätten Ausschreibungen im Rahmen des abgeschlossenen Rahmenvertrages seitens Scholz & Friends bei Unteraufträgen erfolgen müssen (vgl. Plenarprotokoll 20/75, Mündliche Fragen 16 und 17, und Plenarprotokoll 20/90, Mündliche Frage 5)?
15. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Gab es in der letzten Legislaturperiode Kontakte (Treffen, Kommunikation, Telefon-/Videogespräche u. Ä.) zwischen dem damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und dem Unternehmer S. G. bzw. Vertretern des Unternehmens G., und wenn ja, an welchem Datum, in welcher Form, zu welchem Anlass und mit welchen Teilnehmern (bitte auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

16. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie möchte die Bundesregierung den Internetausbau im ländlichen Raum voranbringen?
17. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Bringt der Bundesminister für Digitales und Verkehr ganz konkrete Maßnahmen auf den Weg, wenn ja, welche, um seiner kundgetanen Ablehnung hinsichtlich der auf EU-Ebene geplanten Fahrtauglichkeitstests für Senioren Nachdruck zu verleihen, und die geeignet sind, um ein solches Vorhaben zu verhindern (vgl. dazu www.berlinerzeitung.de/news/verkehrsminister-wissing-gegen-fahrtauglichkeits-tests-fuer-senioren-er-setzt-auf-eigenverantwortung-im-strassenverkehr-li.327116 und Deutschlandfunk vom 12. März 2023 – www.deutschlandfunk.de/wissing-skeptisch-gegenueber-fahrtauglichkeits-tests-fuer-senioren-102.html, jeweils zuletzt abgerufen am 15. März 2023)?
18. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU) Wird das Digitalbudget im Entwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2024 enthalten sein?
19. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU) Welche Verfahrensschritte sollen Kommunen, die von dem Antragsstopp bei der Breitbandförderung des Bundes im Oktober 2022 direkt betroffen sind, aus Sicht des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr gemäß der neuen Breitband-Förderrichtlinie bei der Antragstellung wiederholen müssen?
20. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU) Wann setzt die Bundesregierung die bereits im Juli 2022 in Kraft getretene Verordnung (EU) 2020/1280 in nationales Recht um, die dringend benötigten ukrainischen Berufskraftfahrern ermöglichen würde, in Deutschland eine Beschäftigung aufzunehmen?
21. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU) Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Mittel für den klimafreundlichen Radverkehr im letzten Jahr gekürzt (ohne Verpflichtungsermächtigungen aus letzten Legislaturperioden), bzw. plant sie, insbesondere die Mittel für das Förderprogramm „Stadt und Land“ im kommenden Haushaltsjahr wieder zu erhöhen und die Umweltverträglichkeitsprüfung für Radwege an Bundesstraßen abzuschaffen, um die Bundesmittel schneller zu verbauen?

22. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)
- Wie ist der Status bezüglich der Genehmigungen für den Betrieb des von der German Offshore Spaceport Alliance (GOSA) geplanten Weltraumbahnhofs in der Nordsee, für welchen sowohl das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) als auch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), deren Aufsichtsbehörde jeweils das Bundesverkehrsministeriums ist, Genehmigungen erteilen müssen?
23. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung die Umsetzung des Deutschlandtakts beschleunigen, und warum werden noch nicht die Ergebnisse der Beschleunigungskommission Schiene umgesetzt?
24. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung angesichts des enormen Fachkräftemangels, die Ausbildungskosten für den Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation für Busfahrer zu senken, wenn man bedenkt, dass zum Beispiel in Österreich deutlich weniger Stunden für den Erwerb des Busführerscheins und damit deutlich geringere Kosten erforderlich sind?
25. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Änderungen der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) plant die Bundesregierung, und bis wann sollen diese in einem Gesetzesvorschlag vorliegen?
26. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, das Straßenverkehrsrecht zu ändern, um die Mobilität des Wirtschaftsverkehrs (z. B. von Handwerksbetrieben und Lieferverkehren) in Innenstädten zu verbessern und Kommunen bei der besseren Umsetzung zu unterstützen?
27. Abgeordneter
Dr. Jonas Geissler
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung bis zum Jahr 2026 rund 750 Bahnstationen vollständig barrierefrei umbauen, und welche Sonderprogramme stellt hierzu das Bundesministerium für Digitales und Verkehr zur Verfügung (bitte unter Angabe eines Zeitplans nennen)?
28. Abgeordneter
Dr. Jonas Geissler
(CDU/CSU)
- Werden in Zukunft bei der Förderrichtlinie Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV ebenfalls On-Demand-Verkehre berücksichtigt?

29. Abgeordneter
Ulrich Lange
(CDU/CSU)
- Wie weit ist die Bundesregierung mit dem im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ausgegebenen Ziel der Reform des Konzerns Deutsche Bahn AG (DB AG), und wie sehen die Reformpläne konkret aus, um die DB AG, die laut dem Bundesrechnungshofpräsidenten Kay Scheller in einer „chronischen Krise steckt“, fit für die Zukunft zu machen?
30. Abgeordneter
Ulrich Lange
(CDU/CSU)
- Inwiefern wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr die Autobahn GmbH des Bundes bzw. der Verkehrsträger Straße bei den Verhandlungen zur Planungsbeschleunigung mit einbezogen und damit endlich der Streit in der Bundesregierung zur Ausgestaltung der Planungsbeschleunigung im Verkehrssektor beigelegt (www.rnd.de/politik/ampel-streit-koennen-sich-gruene-und-fdp-am-donnerstag-einigen-Q36SGFR22BA5ZITCAVJQXSIO4.html)?
31. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung neue Verhandlungen über einen Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das deutsche Hoheitsgebiet aufnehmen, und wenn ja, wie sieht der Zeitplan der Bundesregierung zur Umsetzung eines Staatsvertrages aus?
32. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, eine Einschränkung des Verbandsklagerechtes vorzunehmen, um Verkehrsinfrastrukturprojekte schneller umsetzen zu können?
33. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche Frequenzen übertragen die Repeater in den Zügen der Deutschen Bahn AG, aufgeschlüsselt nach Zugtypen, nach Kenntnis der Bundesregierung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

34. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Würde das geplante Verbot von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor nach Kenntnis der Bundesregierung auch Kraftfahrzeuge der Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste, Baufahrzeuge und ähnliche Sonderkraftfahrzeuge umfassen, und wie sollen diese gegebenenfalls ersetzt werden (www.traunsteiner-tagblatt.de/nachrichten/wirtschaft/artikel,-wissing-will-schnelle-einigung-im-verbrennerstreit-_arid,777714.html)?
35. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Kosten würde das geplante Verbot von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor nach Kenntnis der Bundesregierung für die Fahrzeugflotte im Besitz des Bundes verursachen (www.n-tv.de/politik/Wissing-sieht-beim-Verbrenner-Aus-keine-Eile-geboten-article24005675.html)?
36. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung derzeit verbindliche und qualitätssichernde Standards, um das Recycling von Rotorblättern an Windkraftanlagen im Rückbau unter dem Gesichtspunkt einer einheitlichen Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen, und wenn ja, welche (bitte auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

37. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie ist der Verfahrensstand in der zweiten Förderrunde im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Vorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung, und wann werden alle Projekte Klarheit über die Fortführung der zweiten Förderrunde in Bezug auf finanzielle, personelle und inhaltliche Ausstattung haben?
38. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Vertritt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die am 24. März 2023 veröffentlichten Eckpunkte zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) weiterhin, oder gelten sie aufgrund des Tweets auf Twitter der Staatssekretärin Dr. Sabine Döring als offiziell zurückgezogen, und wie gestaltet sich der weitere Zeitplan hinsichtlich einer Kabinettdiskussion?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

39. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Haben der Bundeskanzler Olaf Scholz und der US-Präsident Joe Biden über die Sprengungen der Nord-Stream-Pipelines bei ihrem Austausch in den USA am 3. März 2023 gesprochen, und wenn nein, warum nicht (www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/pipeline-sabotage-nord-stream-enthuellungen-us-journalist-seymour-hersh-wehrt-sich-gegen-kritiker-und-verweist-auf-neue-anonyme-geheimdienst-quellen-li.330443)?
40. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- War der Terroranschlag auf die Erdgas-Pipelines Nord Stream am 26. September 2022 Thema bei den Gesprächen des Bundeskanzlers Olaf Scholz mit dem US-Präsidenten Joe Biden am 3. März 2023 im Weißen Haus in Washington (<https://seymourhersh.substack.com/p/the-cover-up> und www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/pipeline-sabotage-nord-stream-enthuellungen-us-journalist-seymour-hersh-wehrt-sich-gegen-kritiker-und-verweist-auf-neue-anonyme-geheimdienst-quellen-li.330443), und wenn nein, ist nach Auffassung der Bundesregierung der Terroranschlag auf die Energieinfrastruktur Deutschlands bzw. Europas nicht hinreichend von Bedeutung, um ihn im bilateralen Gespräch mit dem NATO-Verbündeten USA zu thematisieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

41. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen bei der Niederschlagung der Proteste gegen die „Übergangsregierung“ von Dina Boluarte in Peru, bei denen laut Medienberichten seit dem 7. Dezember 2022 deutsche Waffen von Heckler & Koch zum Einsatz kommen und mindestens 60 Menschen von Sicherheitskräften getötet worden sind (www.npl.a.de/thema/repression-widerstand/mit-kriegswaffen-gegen-demonstrantinnen/) – laut Amnesty International „durch Schüsse in die Brust, den Oberkörper oder den Kopf“ (www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/peru-tote-durch-schuesse-von-armee-und-polizei) –, einen sofortigen Exportstopp (sowohl bei Genehmigungen als auch bei der tatsächlichen Ausfuhr) für bestimmte Güter wie zum Beispiel für solche Güter gemäß dem Anhang I der Dual-use-Verordnung (EG) 2021/821 (die zur internen Repression und Überwachung bzw. zur Herstellung und Wartung von zur internen Repression und Überwachung verwendbaren Produkten verwendet werden könnten), Güter gemäß dem Anhang III der Anti-Folter-Verordnung (u. a. Wasserwerfer, Reizgas, Pfefferspray, Tränengasgranaten, Elektroschocktechnologien, Fußfesseln) und Rüstungsgüter (sonstige Rüstungsgüter und Kriegswaffen) zu verhängen, wenn ja, ab wann, in welchem Umfang, und wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?
42. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Schlussanträgen des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofes Priit Pikamäe, wonach die automatisierte Erstellung eines Score-Werts durch die Schufa ein nach Datenschutz-Grundverordnung verbotenes Profiling darstellt, sowie der Feststellung, dass die Löschung der Daten einer Restschuldbefreiung nach der Insolvenz erst nach einer Zeit von drei Jahren getätigt werde, rechtswidrig sei (www.lto.de/recht/nachrichten/n/schlussantraege-c-634-21-26-22-64-22-schufa-scoring-verstoss-dsgvo/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

43. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele ausländische Freiwillige einschließlich deutscher Staatsbürger sich seit dem 1. Oktober 2022 den Verbänden der Wagner-Gruppe, der Russian Imperial Legion (RIL) oder dem Kampfverband Russitsch angeschlossen haben (bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und Armee- bzw. Milizzugehörigkeit; www.middleeasteye.net/news/wagner-group-russia-foreign-mercenary-s-salaries-suffers-losses)?
44. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele deutsche Staatsbürger, die sich als Freiwillige den Verbänden der Wagner-Gruppe, der Russian Imperial Legion (RIL) oder dem Kampfverband Russitsch angeschlossen haben, über waffen- oder sprengstoffrechtliche Erlaubnisse in Deutschland verfügen bzw. eine militärische Ausbildung in Deutschland erhalten hatten (www.zdf.de/politik/frontal/deutsche-kaempfer-fuer-putin-russland-im-ukraine-krieg-gruppe-wagner-100.html)?
45. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie viele bzw. welche kriminellen Vorfälle (Straftaten, Ordnungswidrigkeiten o. Ä.) sind der Bundesregierung auf dem oder im Umfeld des Bahngeländes München-Pasing, dessen Bahnhof zu Deutschlands 20 meistfrequentierten Bahnhöfen im Netz der Deutschen Bahn AG zählt, in den letzten zwölf Monaten (aufgrund von Meldungen der DB Sicherheit und der Bundespolizei, aufgrund polizeilicher Anzeigen und aufgrund der medialen Berichterstattung) bekannt geworden, und welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung beziehungsweise die Deutsche Bahn AG ergreifen (bauliche Veränderung, Einrichtung bzw. Veränderung des Beleuchtungskonzepts, Videoüberwachung, Erhöhung des Einsatzes der DB Sicherheit etc.), um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger auf dem Pasinger Bahnhof zu verbessern?

46. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Nationalitätenerklärung der Versammlung Auslandsdeutscher vom 4. Februar 2023 (siehe „Nicht deutsch genug?“ in Moskauer Deutsche Zeitung vom 16. Februar 2023, S. 1, 4 und 5), eine neue Methode bzw. Form der Nationalitätenerklärung zu entwickeln, die die bisher von den deutschen Behörden anerkannte ethnische Registrierung im Herkunftsstaat ablösen würde, damit die Risiken der Diskriminierung zum Beispiel für ausländische Deutsche in ihren Aufenthaltsländern minimiert und das Erklärungsverfahren vereinfacht werden (ebenda), und wenn nicht, was will die Bundesregierung konkret tun, um das Problem mit der Aufnahme der Spätaussiedler in Deutschland zu lösen (siehe dazu Plenarprotokoll 20/90 vom 15. März 2023, S. 10724)?
47. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Auf welcher Rechtsgrundlage wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Zeitschrift „AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE“ durch wen herausgegeben bzw. veröffentlicht?
48. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung zu ihren Planungen für ihr bereits für Herbst 2022 angekündigtes sogenanntes zweites Migrationspaket machen (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungspressekonferenz-vom-4-juli-2022-2059576; bitte mit so konkreten Zeitangaben wie möglich antworten), und wird darin auch ein Gesetzentwurf enthalten sein, um das Spracherfordernis beim Ehegattennachzug endgültig ohne Ausnahmen abzuschaffen (vgl. www.abgeordnete.nwatch.de/profile/lars-castellucci/fragen-antworten/wann-wird-der-a1-sprachnachweis-bei-ehegattennachzug-entgueltig-abgeschafft und www.abgeordnetenwatch.de/profile/lars-castellucci/fragen-antworten/wann-wird-das-migrationspaket-teil-2-in-diesem-jahr-verabschiedet-in-dem-der-a1-sprachnachweis-abgeschafft)?
49. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Nutzer hat das Nutzerkonto Bund (<https://id.bund.de/de/eservice/konto>) aktuell?

50. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser nach der Abschiebung/Zurückweisung eines Iraners nach negativ verlaufenem Flughafenasylverfahren im Iran zu der Forderung von Pro Asyl, angesichts der angespannten Situation im Iran keine Ablehnungen iranischer Asylsuchender im Flughafenasylverfahren vorzunehmen und sie für eine gründliche Asylprüfung einreisen zu lassen (vgl. www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-schockierende-abschiebung-in-den-iran-muss-konsequenzen-haben/; bitte begründen, auch vor dem Hintergrund ihrer Initiative für einen Abschiebestopp in den Iran, vgl. ebd.), und wie hoch waren die Ablehnungsquoten (Ablehnungen als offensichtlich unbegründet) im Flughafenasylverfahren in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und im laufenden Jahr 2023 im Allgemeinen bzw. bezogen auf iranische Asylsuchende (bitte differenziert in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

51. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Haben das Auswärtige Amt, die deutsche Botschaft in Duschanbe oder andere (Bundes-)Behörden weitere Schritte unternommen, um Informationen über den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand von A. S. in Tadschikistan einzuholen, nachdem der deutsche Botschafter in Duschanbe, Dr. Andreas Prothmann, sich einem Bericht der „Ruhr Nachrichten“ zufolge an das tadschikische Außenministerium gewendet und sich nach dem Verbleib von A. S. erkundigt haben soll (www.ruhrnachrichten.de/dortmund/abschiebung-nach-tadschikistan-annalena-baerbock-aeusser-t-sich-zum-fall-von-abdullohi-s-w704759-p-2000761202/; bitte entsprechende Erkenntnisse gegebenenfalls darlegen), und setzt sich die Bundesregierung für eine umgehende Freilassung und daraufhin für eine Wiedereinreisemöglichkeit von A. S. nach Deutschland bzw. in die EU ein (bitte erläutern)?

52. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Ist der Bundesregierung der Bericht des investigativen US-Journalisten Seymour Hersh bekannt, nach dem die Meldungen der Zeitungen „The New York Times“ und etwa „DIE ZEIT“, die wenige Tage nach dem Gespräch des Bundeskanzlers Olaf Scholz mit dem US-Präsidenten Joe Biden in Washington am 3. März 2023 erschienen, dazu dienen sollten, von den eigentlichen Verantwortlichen der Sprengung der Nord Stream-Pipelines abzulenken, und hat sie sich gegebenenfalls hierzu eine Ansicht erarbeitet (<https://seymourher.sh.substack.com/p/the-cover-up>; www.nytimes.com/2023/03/07/us/politics/nord-stream-pipeline-sabotage-ukraine.html; www.zeit.de/politik/ausland/2023-03/nordstream-2-ukraine-anschlag?utm_referrer=https%3A%2F%252F)?
53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Verurteilt die Bundesregierung den Einsatz sogenannter Uranmunition (DU-Munition, DU = depleted uranium) in militärischen Konflikten angesichts zahlreicher Berichte und Untersuchungen über toxische und radiologische Langzeitschäden, über den Anstieg von Fehlbildungen und Krebs bei Erwachsenen und Kindern sowie über Umweltschäden wie die Kontamination des Bodens nach der Anwendung dieser Munitionsart (vgl. www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/IPPNW_ICBUW_Report_DU_Munition_2012.pdf; wenn nein, warum nicht), und führt die Bundesregierung Gespräche (bzw. hat sie diese schon geführt oder beabsichtigt sie, sie zu führen) mit der britischen Regierung über mögliche Konsequenzen der Lieferung von Uranmunition in die Ukraine (siehe <https://questions-statements.parliament.uk/written-questions/detail/2023-03-06/hl6144>) für den Kriegsverlauf (siehe z. B. die Ankündigung der russischen Seite, den Einsatz solcher Waffen wie den Einsatz einer schmutzigen Atombombe zu bewerten; vgl. www.thedailybeast.com/uk-sending-depleted-uranium-shells-to-ukraine-despite-russian-warning) sowie über Verantwortlichkeiten zur Beseitigung von absehbaren Folgen des Einsatzes von DU-Munition für die Umwelt und für die Gesundheit der Menschen in der Ukraine, z. B. im Rahmen eines auch von Deutschland sowie von der EU mitfinanzierten Aufbauprogramms für die betroffenen Regionen?
54. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über geplante Wahlkampfauftritte von Vertreterinnen und Vertretern der türkischen Regierung in Deutschland im Vorfeld der anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei, und welche Gespräche oder Absprachen gab es diesbezüglich mit der türkischen Seite?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

55. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung angesichts der auch in Flächenstaaten wie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern um rund 10 Prozent jährlich steigenden Angebotsmieten (www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/mieten-anstieg-wohnungsmarkt-101.html), die Gültigkeit der Mietpreisbremse auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten, statt wie bisher nur auf als angespannte Wohnungsmärkte identifizierte Gebiete?
56. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Auf welche in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 126 auf Bundestagsdrucksache 20/5942 „allgemein zugängliche[n] Informationen“ stützt sich die Bundesregierung (unter Angabe der jeweiligen Quelle), und wie viele solcher Fälle sind der Bundesregierung durch diese „allgemein zugängliche Informationen“ bekannt (bitte die Gesamtzahl der bekannten Fälle angeben und die aktuellen acht Fälle numerisch nach dem Zeitpunkt der Einstellung entsprechender Eingriffe sowie Ort der Berufsausübung/Niederlassung der betroffenen Ärztinnen und Ärzte und unter näherer Schilderung der stattgefundenen Bedrängungen bzw. Belästigungen aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

57. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschäftigte in Vollzeit verdienen nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2021 in Brandenburg so viel, dass sie nach 40 bzw. 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung eine Nettorente (Zahlbetrag) unterhalb von 1.200 Euro bzw. 1.000 Euro erhalten (bitte alle Angaben für Frauen und Männer und insgesamt getrennt aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

58. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Gesamtausgaben plant die Bundesregierung nach aktuellem Planungsstand in den Jahren ab 2023 im Sondervermögen Bundeswehr (bitte jeweils jahresscharfe Angaben machen) und falls die Bundesregierung die Antwort – wie in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 152 auf Bundestagsdrucksache 20/5924 – nur unter Verweis auf ein als Verschlussache eingestuftes Dokument und zudem ohne den tagesaktuellen Planungsstand mitteilen sollte, auf welche verfassungsrechtlich tragfähigen Gründe stützt sie sich dabei insbesondere im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Vorgaben zum parlamentarischen Frage- und Auskunftsrecht, wonach die Beantwortung von parlamentarischen Fragen vollständig, zutreffend und an die Öffentlichkeit gerichtet sein muss und eine entsprechende Geheimhaltungsbedürftigkeit seitens der Bundesregierung substantiiert begründet werden müsste?
59. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung entschieden bzw. ist eine entsprechende Entscheidung kurzfristig geplant oder bereits im Billigungsgang, auf die Einrüstung von Selbstschutzsystemen (Large Aircraft Infrared Countermeasures/LAIRCIM) bei den drei für die Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung beschafften Luftfahrzeugen des Typs A350-900 zu verzichten, und gegebenenfalls auf welcher konkreten Begründung basiert diese Entscheidung besonders vor dem Hintergrund, dass ein Selbstschutzsystem im Kontext der globalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen 2019 – also im Jahr des Vorhabenbeginns – vorgesehen war (www.flugrevue.de/militaer/arbeiten-beginnen-2020-lufthansa-technik-baut-a350-zum-regierungsjet-um/), im Jahr 2023 – bei aus meiner Sicht deutlich verschärften globalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen – jedoch nicht?

